

Schweiz

Schweiz - Polen

Der nächste Streit um die Osthilfe

Die Schweiz zahlt 1,25 Milliarden Franken an die Aufbauhilfe für zwölf EU-Staaten. Der grösste Teil geht an Polen. Eine zweite Tranche ist umstritten - die SVP will diese «Direktsubventionierung» abschaffen.

Von Stefan Häne

Es geht um viel Geld. Mit rund 1,25 Milliarden Franken versucht die Schweiz, in zwölf EU-Staaten wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten zu mindern: in Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, der Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern. Polen erhält rund 500 Millionen Franken davon und ist damit Hauptprofiteur des Erweiterungsbeitrags - besser bekannt als Kohäsionsmilliarde, zu der 2006 rund 53 Prozent der Stimmenden in der Schweiz Ja gesagt haben. Bis 2017 werden in diesen Ländern über 200 Projekte umgesetzt, davon 58 in Polen, unter anderem in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, erneuerbare Energien, Grenzschutz, soziale Fürsorge, Bildung und Forschung, Naturschutz und Unternehmerförderung.

Die Schweiz und Polen pflegen seit vielen Jahren gute Beziehungen, auch wirtschaftliche. So belieben sich die Schweizer Direktinvestitionen in Polen Ende 2012 auf 5,9 Milliarden Franken. Damit ist Polen der grösste Empfänger von Schweizer Kapital in Zentraleuropa. Die Schweiz liegt auf Platz 13 der ausländischen Investoren in Polen.

Bundesrat hält sich bedeckt

Ob die Schweiz den Erweiterungsbeitrag ein zweites Mal spricht, ist unklar. Polen verhehlt nicht, dass es weiter auf die Solidarität unseres Landes zählt. Auch in Brüssel geht die EU-Kommission von weiteren Zahlungen der Schweiz aus. Mit den Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums, die sich in einer vergleichbaren Lage befinden, hat die EU eine zweite Tranche bereits vereinbart.

Der Bundesrat erwägt zwar ebenfalls eine Neuauflage - als eine Art Schmiermittel im Verhandlungspoker um die bilateralen Verträge mit der EU. Doch weiter hat er sich bis dato nicht in die Karten blicken lassen. Darauf hat auch Didier Burkhalter (FDP) Besuch gestern in Warschau nichts geändert. Der Bundespräsident vereinbarte mit dem polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski zwar eine gemeinsame Erklärung, die unter anderem eine verstärkte Zusammenarbeit im Wirtschaftsbereich vorsieht. Wann der Bundesrat über die



Bundespräsident Burkhalter und Polens Außenminister Sikorski unterzeichnen ein Abkommen zum Schengen-Raum. Foto: Keystone

Holocaust-Gedenktag

Burkhalter besucht Auschwitz

Didier Burkhalter wandte sich gestern in seiner Botschaft zum internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts an die Bevölkerung. Der Bundespräsident rief dazu auf, dem Leugnen historischer Tatsachen entschieden entgegenzutreten. Noch heute würden der Holocaust und sein Ausmass geleugnet, genauso wie andere Völkermorde.

Burkhalter richtete sich im Besonderen an die Jugend, die in einem prägenden Prozess stehe. Viele Lehrer setzen sich dafür ein, den Jugendlichen bewusst zu machen, wie gefährlich Frem-

deneindlichkeit und Rassismus seien und wie wichtig die Wahrung der Menschenrechte sei, schrieb der Bundespräsident. Heute Dienstag besucht er Krakau und das nahe gelegene ehemalige Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Dabei begleitet ihn eine junge Schweizerin, deren Grossvater Auschwitz überlebt hat. Burkhalters KZ-Besuch findet einen Tag nach dem Holocaust-Gedenktag statt. Dieser Tag erinnert an die Befreiung des Vernichtungslagers durch die Rote Armee am 27. Januar 1945.

In Krakau trifft Burkhalter Behördenvertreter und Partner, um sich über den Fortgang der Projekte in Małopolskie zu informieren, einer Schwerpunktregion der Schweizer Aufbauhilfe im Süden. Am ersten Tag seiner Polenreise, wurde Burkhalter vom polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski empfangen. Laut EDA wurde eine Erklärung vereinbart für regelmässige politische Gespräche und eine verstärkte Zusammenarbeit. Zudem sei ein Abkommen im Bereich Schengen unterzeichnet worden. (SDA/tar)

Ungarn und der Holocaust, Seite 7

allfällige zweite Tranche entscheiden wird, liess Burkhalter jedoch ebenso offen wie die Frage, wie viel Geld die Landesregierung zu sprechen gedenke.

Sicher ist hingegen: Einfach durchwinken würde das Parlament das Geschäft nicht. Skeptisch äussern sich auf Anfrage des TA Aussenpolitiker aus CVP und FDP, offene Ablehnung kommt aus der SVP. «Diese Art von Direktsubventionierung muss ein Ende haben», sagt Nationalrat Maximilian Reimann. Es sei fragwürdig, so viel Geld in Einzelprojekte zu stecken, weil die Gesamtwirkung marginal sei, sagt er und nennt als Beispiel eine 1,5 Kilometer lange Bachsanierung in Polen, in welche die Schweiz 3 Millionen Franken investiert habe. Infrage käme für ihn eine weitere Tranche nur, wenn sie dem Budget der Schweizer Entwicklungshilfe belastet würde.

Gewerbe leer ausgegangen

Kritik kommt auch aus der Wirtschaft, weil die Schweizer Unternehmen nur in bescheidenem Ausmass direkt von der Kohäsionsmilliarde profitiert haben - entgegen den Versprechungen des Bundesrats vor der Abstimmung 2006. Bis Mitte 2012 waren Aufträge in der Höhe von 23,5 Millionen Franken an hiesige Firmen ergangen. Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, bemängelt zudem: «Profitiert haben vor allem die Grossbetriebe.» Die KMU hingegen seien fast leer ausgegangen. Diesen Befund stützt eine Umfrage von Swissmechanic. Der Verband mittelständischer Industriebetriebe hat ermittelt, dass die vom Bund finanzierten Vorhaben in der EU nur für 2 Prozent der 176 befragten Firmen als Türöffner in Osteuropa gedient haben. Zudem beklagen sich Unternehmer über die polnische Vergabapraxis von Aufträgen: Der Zuschlag werde zu sehr von den offerierten Kosten und zu wenig von der Qualität des Angebots abhängig gemacht.

Trotz dieser Bedenken wollen linke Aussenpolitiker eine zweite Tranche sprechen. Nationalrat Martin Naef (SP) verweist auf den wirtschaftlichen Nutzen und betont die politische Note des Geschäfts: Die EU erwarte zu Recht, dass sich die Schweiz als Teil Europas an der innereuropäischen Kohäsion beteilige.

«Wir konnten uns immer auf die Hilfe der Schweiz verlassen»

Der polnische Abgeordnete Robert Kolakowski appelliert an die Solidarität der Schweiz. Polen sei auf weitere finanzielle Unterstützung angewiesen.

Mit Robert Kolakowski sprach Ricardo Tarli in Warschau

Bei vielen Schweizern sind Polen, wie auch Angehörige anderer osteuropäischer Staaten, nicht beliebt. Es sei denn, sie schufen für wenig Lohn in der Landwirtschaft oder in der Altenpflege.

Meine Landsleute stossen oft auf grosses Misstrauen. Das hat viel mit alten Vorurteilen zu tun. Das ist schade. Polen versteht und verstand sich stets als ein (west-)europäisches Land. Wir wurden gegen unseren Willen dem Ostblock zugeschlagen. Der Eiserne Vorhang hinderte uns Jahrzehntelang, uns dem sowjetischen Einfluss zu entziehen. Für Polen war das eine verlorene Zeit. Der Nachholbedarf ist deshalb gross. Wir dürfen und wollen den Anschluss nicht verpassen. Ohne die Unterstützung anderer Länder würde der Transformationsprozess viel länger dauern.

Die Schweiz unterstützt Polen im Rahmen der Kohäsionsmilliarde mit

fast 500 Millionen Franken. Die polnische Regierung erwartet eine Aufstockung der Finanzhilfe. Wird der Erweiterungsbeitrag für die Schweiz zu einem Fass ohne Boden?

Wir sind der Schweiz für die grosse finanzielle Unterstützung, die sie bisher geleistet hat, sehr dankbar. Wir sind auf diese finanziellen Mittel dringend angewiesen. Ein grosser Teil des Geldes kommt den ärmsten Regionen Polens zugute. Die Schweiz ist für uns ein verlässlicher Partner. Wir hoffen deshalb, dass sich die Schweiz auch nach Ablauf des Aufbauprogramms, also über 2017 hinaus, für die Entwicklung Polens einzusetzen wird.

Polens Wirtschaft verzeichnete in den letzten Jahren ein kräftiges Wachstum, die Arbeitslosigkeit sank. Aus EU-Töpfen fliessen Milliarden nach Polen. Ist Ihr Land auf die Schweizer Aufbauhilfe tatsächlich angewiesen?

Ja, der Nachholbedarf ist wie gesagt gross. Unsere Wirtschaft hat noch immer ein schweres Erbe aus der Sowjetzeit zu tragen und hinkt der ökonomischen Entwicklung westlicher Länder um Jahrzehnte hinterher. Zudem hat sich die Wirtschaftslage infolge der weltweiten Finanzkrise verschlechtert, die Arbeitslosigkeit ist gestiegen. Polen ist auch auf Investitionen von Schweizer Unternehmen angewiesen, um die gros-

sen strukturellen Unterschiede innerhalb Polens und zwischen Polen und den übrigen EU-Ländern abzubauen.

Sie rechnen mit einer Aufstockung des Erweiterungsbeitrags. Was stimmt Sie so zuversichtlich?

Wir Polen könnten immer auf die Solidarität der Schweiz zählen. Wir hatten immer das Gefühl, dass das Verständnis für unsere Situation in der Schweiz besonders gross ist, grösser als in anderen europäischen Ländern. Ein Schweizer war für einen Polen wie ein guter Freund. Aus der Vergangenheit wissen wir, dass wir uns immer auf die Hilfe der Schweiz verlassen konnten.

Das klingt, als ob die Schweiz eine historisch-moralische Verpflichtung hätte, Polen unter die Arme zu greifen.

Zwischen Polen und der Schweiz bestehen von jeher gute Beziehungen. Das galt insbesondere für die Zeit, als Polen der staatlichen Existenz beraubt wurde, also vor 1918. Viele Polen mussten aus politischen Gründen ins Exil gehen, und viele von ihnen emigrierten in die Schweiz. Die Schweiz zeigte sich gegenüber den polnischen Flüchtlingen sehr gastfreudlich, wofür wir bis heute dankbar sind. Die Exilanten waren meist gut ausgebildete Leute, von deren Wissen und Können die Schweiz profitiert hat. Während des Zweiten Weltkrieges

halfen polnische Internierte in der Schweiz mit, Strassen und Brücken zu bauen, oder sie arbeiteten in der Landwirtschaft.

Angenommen, die Schweiz erklärte sich zu einer zweiten Tranche Hilfsgelder bereit - kann sie dann mit der Unterstützung Polens in den Verhandlungen mit der EU über die bilateralen Verträge rechnen?

Ich habe im Namen der polnisch-schweizerischen Parlamentariergruppe beim polnischen Aussenminister um Unterstützung für die Schweizer Position in den Verhandlungen mit der EU geworben. Seiner Antwort habe ich entnommen, dass Polen grundsätzlich bereit ist, die schweizerischen Wünsche zu unterstützen.

Welche Konsequenzen drohen der Schweiz, würde die Finanzhilfe nicht verlängert?

Ich will nicht spekulieren, sondern die positiven Auswirkungen, die der Erweiterungsbeitrag auch für die Schweiz hat, hervorheben. Die Schweizer Hilfe muss als eine Investition betrachtet werden. Polen ist ein grosses Land und ein guter Markt für Schweizer Unternehmen. Ein Teil des Geldes wird in die Schweiz zurückfliessen. Die Hilfe aus der Schweiz wird sich deshalb nicht nur für Polen, sondern sicher auch für die Schweiz auszahlen.

Sie engagieren sich auch für eine stärkere kulturelle Zusammenarbeit beider Länder. Wo sehen Sie Anknüpfungspunkte?

Ich wünsche mir, dass beide Länder sich ihrer Gemeinsamkeiten stärker bewusst werden. Viele berühmte Polen fanden Zuflucht in der Schweiz wie zum Beispiel der polnische Freiheitskämpfer und Nationalheld Tadeusz Kosciuszko, der 1817 in Solothurn verstarb. Oder auch der Pianist Ignacy Jan Paderewski, der 1919 zum Ministerpräsidenten der Zweiten Polnischen Republik gewählt wurde. Ein weiteres Beispiel ist Ignacy Moscicki, Polens letzter Staatspräsident vor dem Zweiten Weltkrieg, der an der Universität Freiburg als Wissenschaftler tätig gewesen war. Paderewski und Moscicki bekamen das Schweizer Bürgerrecht verliehen. Von grosser symbolischer Bedeutung ist für uns auch das Polenmuseum im Schloss Rapperswil. Von ihm heisst es, dass dort das polnische Herz schlägt.

Robert Kolakowski
Der Historiker (51) ist Leiter der polnisch-schweizerischen Gruppe im polnischen Parlament. Er gehört der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit an.